



# PARTIZIPATION ONLINE – GEMEINSAM STADT ENTWICKELN

Einführung



Foto: Walter Schießwohl

---

**Dr. Marion Klemme**

ist Diplom-Geographin und Leiterin des Referats  
„Stadtentwicklung“ im BBSR.  
marion.klemme@bbr.bund.de

**Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt**

ist Professor für Stadt- und Regionalgeographie an  
der Universität in Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte  
liegen in der Zukunft des öffentlichen Raums, der  
Produktion der baulichen Umwelt sowie veränderter  
Akteurskonstellationen für das Bau- und Planungs-  
geschehen.  
wiegandt@uni-bonn.de

**Dr. Lars Wiesemann**

ist Diplom-Geograph und Projektleiter im Referat  
„Stadtentwicklung“ des BBSR.  
lars.wiesemann@bbr.bund.de

Mit der Verbreitung und Entwicklung des Internets sind schnelle und günstige Möglichkeiten der Kommunikation entstanden, die mittlerweile alle Bereiche unseres Alltags- und Berufslebens durchdringen. Als eine „spätmoderne Schlüsseltechnologie“ bezeichnet (Reckwitz 2017: 225), hat das digitale Netz unsere Gesellschaft umgewälzt, wie es seit der Industrialisierung kaum eine Technologie geschafft hat. Das Internet und seine mobile Nutzung ermöglicht heute einen unmittelbaren Austausch von Informationen in Form von Texten und Tönen, Bildern und Filmen – rund um die Uhr, an nahezu jedem Ort.

Diese tiefgreifenden Veränderungen in der Kommunikation haben auch die Teilhabemöglichkeiten der Bürger an der Gestaltung unserer Städte verändert. Websites, Apps, sozi-

ale Netzwerke wie Facebook und Twitter oder auch webbasierte Kollaborationsplattformen spielen in der Stadtentwicklung inzwischen eine wichtige Rolle und haben neue Wege in der Partizipation eröffnet. Der einführende Beitrag zeigt, dass öffentliche Akteure webbasierte Medien in der Stadtentwicklung vielfältig einsetzen, um Bürgerbeteiligung zu organisieren. Und auch Bürger nutzen diese Medien für ganz verschiedene Zwecke, wenn sie sich lokal engagieren und ihre Stadt mitgestalten. Dabei wirkt der Einsatz webbasierter Medien auf die Partizipationsprozesse selbst und wirft eine Reihe von Fragen auf – von der Qualität der Angebote über deren Reichweite bis hin zum tatsächlichen Nutzen im Stadtentwicklungsalltag und den Wirkungen auf das Zusammenspiel der Akteure.

## Im Alltag kommunaler Stadtplanung angekommen

Wenn Akteure aus kommunaler Politik und Verwaltung über Planungen informieren oder städtische Projekte öffentlich diskutieren, dann geschieht dies heute immer häufiger auch online. In einer bundesweiten Umfrage gab 2015 fast die Hälfte der Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern an, die Möglichkeiten einer digitalen Bürgerbeteiligung zur Gestaltung der kommunalen Politik zu nutzen (vgl. PwC/GIUB 2015). Auch eine vom NRW-Fortschrittskolleg „Online-Partizipation“ durchgeführte Befragung aller 396 Städte und Gemeinden sowie Kreise in Nordrhein-Westfalen ergab, dass rund ein Drittel der Kommunen bereits Erfahrungen mit online-gestützter Bürgerbeteiligung gesammelt hat (vgl. NRW-Fortschrittskolleg 2017).

Webbasierte Beteiligung in der Stadtentwicklung hatte in Deutschland ihren Anfang in den späten 1990er-Jahren. Eines der ersten Verfahren dieser Art führte die Stadt Bonn 1998 durch. Bei der Planung eines Neubaugebietes konnten sich die Bürger der Bundesstadt im Internet über das Vorhaben informieren und in einer virtuellen Bibliothek relevante Planungsunterlagen einsehen. Zusätzlich hatten sie die Möglichkeit, in einem moderierten Diskussionsforum Stellungnahmen online abzugeben. Auch wenn dieses Verfahren nun fast zwei Jahrzehnte zurückliegt, enthielt es vom Ansatz her bereits Elemente heutiger E-Partizipationsangebote (vgl. Märker/Wehner 2008).

Seitdem haben sich die webbasierten Beteiligungsformate aus dem Experimentierstadium gelöst, sich technisch und

konzeptionell weiterentwickelt und schließlich Einzug in die kommunale Alltagspraxis der Stadtentwicklung gefunden (vgl. Albrecht 2010; BBSR 2017). Grund für die vermehrte Nutzung ist aber nicht allein die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft. Ausschlaggebend ist vielmehr ein Zusammenspiel aus neuen technologischen Möglichkeiten und einer veränderten politischen Kultur in der Stadtentwicklung. Mittlerweile sind die Bürger nicht nur Adressaten oder Kunden, auf die die Verwaltung ihr Handeln und ihre Dienstleistungen ausrichtet. Zunehmend werden sie auch als Mitgestalter und Koproduzenten in der kommunalen Entwicklung angesehen. In vielen Städten und Gemeinden fördern Politik und Verwaltung heute gezielt Bürgerorientierung, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, um Herausforderungen gemeinsam anzugehen und lokale Demokratie zu beleben (vgl. Sinnig 2006). Dabei erwarten die Bürger mehr denn je, sich ebenfalls über digitale Kanäle informieren und beteiligen zu können, auch bei Vorhaben der Stadtentwicklung. Entsprechend sind die Beteiligungsverfahren häufig crossmedial angelegt. Online-Angebote und klassische Offline-Formate wie beispielsweise Bürgerversammlungen werden miteinander verknüpft.

### Digitale Medien in formellen und informellen Planungsprozessen

In der formellen Bauleitplanung nutzen die lokalen Planungsinstanzen die webbasierten Medien bereits häufig, allerdings noch mit sehr unterschiedlicher Intensität (vgl. auch

Lübcke et al. 2011). Mancherorts werden lediglich Informationen über die in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne auf die städtische Internetseite eingestellt, in anderen Kommunen können Bürger bereits auf Online-Plattformen Stellungnahmen abgeben. Mit der jüngsten Änderung des Baugesetzbuchs im Mai 2017 ist die zusätzliche Nutzung des Internets nunmehr auch für die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Bauleitplanung verbindlich (§ 4a Absatz 4 BauGB). Die auszulegenden Unterlagen müssen etwa über das Internetportal der Gemeinde für die Öffentlichkeit auffindbar und abrufbar sein. Darüber hinaus sind sie zukünftig über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen. Eine bloß ergänzende Nutzung elektronischer Kommunikationstechnologien reicht in der formalen Öffentlichkeitsbeteiligung der Bauleitplanung künftig also nicht mehr aus (vgl. Bundesregierung 2016).

Darüber hinaus werden webbasierte Beteiligungsformate in vielen informellen Verfahren der Stadtentwicklung eingesetzt. Diese sind im Vergleich zur Bauleitplanung weniger formalisiert und stärker dialogorientiert, sodass hier die webbasierten Medien wesentlich flexibler und kreativer zur Bürgerbeteiligung genutzt werden können (vgl. auch Lübcke et al. 2011).

Ein typisches Anwendungsfeld sind Beteiligungsverfahren, die von den kommunalen Verwaltungen im Rahmen größerer Einzelvorhaben in der Stadtentwicklung durchgeführt werden und die darauf abzielen, Planungen zu qualifizieren und im Einvernehmen mit der Bürgerschaft umzusetzen. Die Entscheidungsträger in städtischer Politik und Verwaltung haben erkannt, dass für die erfolgreiche Realisierung solcher Projekte eine frühzeitige Einbeziehung von Bürgern hilfreich ist. Deshalb stellen sie ebenso Beteiligungsangebote im Internet bereit, über die sich die Bürger zu den Vorhaben informieren und ihre Meinungen abgeben können. Auch bei der Erarbeitung von gesamtstädtischen Leitbildern, Masterplänen oder Zukunftsvisionen binden die kommunale Politik und Verwaltung ihre Bürger mithilfe der webbasierten Medien oftmals ein, um solche strategischen

Konzepte auf eine breitere Basis zu stellen. So werden auf Online-Plattformen Ideen und Vorschläge von Bürgern zur zukünftigen Stadtentwicklung gesammelt und über Inhalte und Zielsetzungen gemeinsam diskutiert. Ähnlich stellt es sich bei Beteiligungsverfahren dar, die auf das Qualifizieren von Fachplanungen abzielen. Auf kommunaler Ebene finden vielfach Online-Dialoge statt, in denen die Verwaltung sich mit der Bürgerschaft über Themen wie Luftqualität und Lärmbelastigung, Zusammenleben und Integration oder Familienfreundlichkeit und Radsicherheit austauscht. Solche Verfahren dienen in erster Linie dazu, die Kenntnisse oder Präferenzen der Bürger zu den diskutierten Sachverhalten zu erfragen und über ihre Expertise die kommunalen Planungsgrundlagen zu ergänzen.

Das städtische Anliegenmanagement ist ein weiterer Bereich, in dem webbasierte Medien heute eine zentrale Rolle spielen. Viele Städte und Gemeinden haben online-gestützte Angebote aufgebaut, über die Bürger ihre Belange und Anregungen an die Verwaltung direkt übermitteln können. Über diese Portale können auch Mängel in der städtischen Infrastruktur wie etwa Schlaglöcher oder defekte Straßenbeleuchtung gemeldet werden. Solche Angebote sind weder projektbezogen noch zeitlich befristet. Vielmehr sind sie darauf angelegt, Bürger dauerhaft an der Gestaltung des lokalen Umfeldes zu beteiligen und ihr Wissen kontinuierlich zur Beseitigung von Defiziten in der Stadtentwicklung zu nutzen. Schließlich sind Beteiligungsverfahren zur kommunalen Haushaltsplanung zu erwähnen. Seit Ende der 1990er-Jahre praktizieren einzelne Kommunen in Deutschland Bürgerhaushalte (vgl. Masser et al. 2013). Politik und Verwaltung ziehen hier die Bürger bei der Verwendung von Haushaltsmitteln zu Rate – auch über die digitalen Kanäle. In der Regel wird bei solchen Verfahren auf einer Internetplattform transparent dargestellt, welche Mittel zur Verfügung stehen und wie sie eingesetzt werden können. Bürger treten hierbei in erster Linie als Ideen- und Vorschlaggeber zur Mittelverwendung auf. Im Jahr 2015 gab es deutschlandweit rund 70 solcher Bürgerhaushalte (vgl. BpB/SKeW 2015).

## Stadt selber machen: Webbasierte Medien kreativ nutzen

An der Entwicklung von Stadt und Quartier wirken Bürger aber nicht nur im Rahmen von Beteiligungsverfahren mit, die von der kommunalen Verwaltung und Politik ausgehen. Hingegen ergreifen sie vielerorts selbst Initiative und ent-

wickeln eigene Vorstellungen und Projekte zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Das Spektrum der bürgerschaftlichen Aktivitäten ist dabei breit und bunt: So werden Trägerschaften von Kultur- und Freizeiteinrichtungen übernommen,

Wohnprojekte und Gemeinschaftsgärten ins Leben gerufen, soziale und kulturelle Aktionen durchgeführt oder Grün- und Freiräume gestaltet (vgl. Selle 2010).

Die Triebkräfte für dieses Engagement sind äußerst vielschichtig: der Rückzug staatlicher Institutionen aus Bereichen der Daseinsvorsorge, ein Misstrauen gegenüber Politik und Verwaltung, aber auch ein verändertes Rollenverständnis des Bürgers, eben selbst gestaltend Einfluss auf die lokale Entwicklung zu nehmen. „Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit und der Wille, etwas zu bewegen“ (Albers/Höffken 2015: 3), sind hier tragende Motive, genauso wie eine Lust am Stadt-Selbstmachen. Die webbasierten Medien mit ihren weitreichenden Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten sind dabei für viele ein wichtiges Werkzeug ihres Handelns im urbanen Raum geworden (vgl. z. B. Gebhardt et al. 2014; Rauterberg 2013).

### **Vernetzen, diskutieren, kollaborieren**

In den letzten Jahren wurden verschiedene Plattformen im Internet durch zivilgesellschaftliche Akteure initiiert, damit Bürger eigene Vorschläge zur Gestaltung ihrer Stadt einbringen und mit anderen Teilnehmern weiterentwickeln können. Bekannte Beispiele sind die Plattformen „NextHamburg“ oder „Frankfurt gestalten – Bürger machen Stadt“. Auch auf „openBerlin“ können sich Akteure nach dem Leitsatz „Melde Freiräume. Teile deine Idee. Starte Dein Projekt“ vernetzen und in der Bundeshauptstadt gemeinschaftlich Projekte zur Entwicklung ungenutzter Freiflächen oder leerstehender Gebäude initiieren. Zudem gibt es zivilgesellschaftliche Crowdfunding-Plattformen wie etwa „Place2help“, „Stadtmacher“ oder „HannoverMachen“, über die Initiatoren von Projektideen ihre Vorschläge präsentieren und für finanzielle Unterstützung werben.

All diese Plattformen zielen darauf ab, Bürger beim Stadt-Selbstmachen zu unterstützen und ihnen neue Werkzeuge an die Hand zu geben, damit sie ihre eigenen Projekte auf den Weg bringen können. Hinter diesen Plattformen stehen nicht selten ausgebildete Planer, die sich für die Stärkung von Bürgerprojekten in der Stadtentwicklung einsetzen (vgl. Willinger 2015). Ihr Anliegen ist es, Foren zu schaffen, in denen Vorschläge offen diskutiert und eigenverantwortlich umgesetzt werden können – unabhängig von öffentlichen Planungsträgern und stadtentwicklungspolitischer Agenda.

Weiterhin gibt es viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Fragen der städtischen Entwicklung kritisch auseinandersetzen, (politische) Aufmerksamkeit für wahrgenom-

mene Probleme erzeugen wollen und dazu ebenfalls webbasierte Medien einsetzen. Ihr Engagement bezieht sich dabei auf eine Reihe von Missständen, darunter die mangelnde Barrierefreiheit von Stadträumen, den Leerstand von Gebäuden, die Gentrifizierung von Quartieren oder die Vereinnahmung öffentlicher Räume durch das Auto. Über eigene Webseiten und soziale Netzwerke wird auf die Probleme hingewiesen und sich weiter vernetzt, über Crowd-Mapping werden kollektiv Daten erfasst und Missstände transparent gemacht. Initiativen organisieren mit Unterstützung der webbasierten Medien auch Aktionen im öffentlichen Stadtraum, die zusätzlich Aufmerksamkeit und Bewusstsein für ihre Anliegen schaffen sollen.

Darüber hinaus sehen sich viele Bürger immer weniger als bloße Adressaten von Informationen und Entscheidungen der Stadtentwicklungspolitik. Dies äußert sich in einer wachsenden Zahl an Einsprüchen und Widerständen gegen kommunale Planungen, etwa zum Ausbau der städtischen Infrastruktur oder zur Umsetzung privatwirtschaftlicher Bauvorhaben (vgl. Marg et al. 2013; Matzig 2011). Webbasierte Medien spielen hier eine bedeutende Rolle, denn nicht selten organisiert sich der bürgerschaftliche Protest zu großen Teilen über die digitalen Kanäle. Zum Einsatz kommen sämtliche Formate, angefangen bei eigenen Webseiten über Facebook und Twitter bis hin zu Online-Petitionen. Sie werden dazu genutzt, um eigene Positionen zu verbreiten, Unterstützer zu mobilisieren oder Protestaktionen zu initiieren. Oftmals geht es bei diesen Aktivitäten nicht nur um das bloße Verhindern eines konkreten Vorhabens, sondern ebenso um die Entwicklung von Alternativen. Gleichwohl beklagen die öffentlichen Akteure in diesem Zusammenhang eine zunehmende Betonung von Partikularinteressen in Planungsverfahren, die ihren Planungsalltag erschweren und in der Debatte unter dem Begriff des NIMBY (not in my backyard) gefasst werden.

Weiterhin haben digitale Nachbarschaftsplattformen in den letzten Jahren an Popularität gewonnen. Beispielsweise erhalten Nachbarschaften mit nebenan.de die Möglichkeit, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Mitte 2016 wird die Plattform deutschlandweit in rund 30 Großstädten genutzt. Mit verschiedenen Funktionen können dort Informationen für die gesamte Nachbarschaft veröffentlicht, themenspezifische Gruppen gegründet oder Treffen organisiert werden. Es können Empfehlungen weitergegeben oder Gegenstände verliehen werden. Die Nachbarschaften auf nebenan.de entstehen auf Initiative der Anwohner und werden vom nebenan.de-Team unterstützt, damit die Nachbarschaften möglichst schnell wachsen. Die Gründer der Plattform möchten mit ihrer Idee die Lebensqualität vor Ort verbessern.

Schließlich sind auch die Ansätze des Civic Hacking eine neue Form technologiebasierter, selbstinitiiertes Partizipation, die vielfältige Bezüge zum Feld der Stadtentwicklung aufweist. Die Idee des Civic Hacking ist es, gemeinschaftlich Programme und Anwendungen zu entwickeln, um kleinteilige Probleme und Herausforderungen in der eigenen Stadt zu lösen. Dabei werden Open-Data- und Open-Source-Soft-

ware genutzt. Vorreiter für derartige Aktionen in Deutschland ist die Initiative „Code for America“, die anstrebt, öffentliches Handeln zu optimieren und zu ergänzen. Vornehmlich junge technikaffine Menschen sind bisher in diesem experimentierfreudigen Feld anzutreffen. Von daher lassen sich für Civic Hacking derzeit nur zahlenmäßig kleinere Teilnehmergruppen aktivieren (vgl. Höffken et al. 2017).

## Alles besser? Diskussionen über Folgen der digitalen Teilhabe

Der vermehrte Einsatz webbasierter Medien in der Stadtentwicklung hat in Wissenschaft und Praxis zu einer regen Debatte über den Nutzen solcher Beteiligungsformate geführt. Unter Schlagworten wie Partizipation 2.0, Transparenz 2.0 oder Kollaboration 2.0 werden Möglichkeiten, aber auch Grenzen dieser Entwicklungen diskutiert und zahlreiche Fragen aufgeworfen: Gelingt es mit solchen Formaten, breite Bevölkerungskreise in Stadtentwicklungsprozesse einzubeziehen oder sind sie nur eine „Mitmach-Maschine für die Elite“ (Borchardt 2014)? Wie steht es um das Verhältnis von „digital citizens“ auf der einen und der „schweigenden Mehrheit“ auf der anderen Seite (Vowe 2014)? Kann durch die neuen Möglichkeiten, an lokalen Gestaltungsprozessen teilzunehmen und staatliches Handeln zu beeinflussen, tatsächlich von einer „neuen Macht der Bürger“ (Marg et al. 2013) in der Stadtentwicklung gesprochen werden?

Von Beginn an wurden in die Nutzung webbasierter Medien die Erwartungen gesetzt, dass sie die Teilhabemöglichkeiten der Bürgerschaft erweitern und dadurch neue Formen einer kollaborativen Stadtentwicklung entstehen. Verwaltungen und Politik könnten mit den digitalen Werkzeugen mehr Menschen erreichen, schneller und umfassender Meinungsbilder einholen, eine größere Transparenz über Verfahren herstellen und so schließlich bessere Lösungen und eine höhere Legitimität für ihre Vorhaben erzielen. Darüber hinaus würde die digitale Visualisierung in Form von Simulationen, Filmen, 3D-Modellen oder interaktiven Karten ein großes Potenzial zur besseren Verständlichkeit von raumbezogenen Planungen bieten. Für Bürger könnten sich durch die webbasierten Medien die Chancen zur Mitwirkung verbessern, sich neue Zugänge und Wege zu einer „nutzergenerierten Stadt“ (Albers/Höffken 2015: 3) eröffnen. Interessen und Positionen könnten besser in die Debatte eingebracht werden, Mitstreiter für eigene Anliegen und Projekte leichter gewonnen und mobilisiert werden. Und das alles schnell, kostengünstig und weitreichend. So die grundsätzlichen Erwartungen, die Hoffnungen gegenüber webbasierten Medien.

Gleichwohl haben Wissenschaft und Praxis schnell auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen erkannt, die webbasierte Partizipationsprozesse mit sich bringen. Ganz wesentlich ist hierbei die Frage nach ihrer Reichweite. Bisherige Erfahrungen aus kommunalen Online-Beteiligungsverfahren deuten darauf hin, dass die Zahl der Teilnehmenden nicht unbedingt höher ausfällt und eine größere Öffnung zu bislang unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen kaum erkennbar ist. Wie die Offline-Beteiligung ist auch die Online-Beteiligung sozial selektiv. Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen, geringen Einkommen oder mit Migrationshintergrund beteiligen sich an Verfahren der Stadtentwicklung seltener (vgl. BBSR 2017; Kuder 2016). Skeptiker sehen sich hier in ihrer Haltung bestärkt, dass mit den Online-Angeboten lediglich Kommunikationskanäle für besser gestellte Gruppen oder gar für die Partizipationselite entstehen und diese eine weitere Möglichkeit erhalten, ihren Interessen Gehör zu verschaffen.

Auch bei den zivilgesellschaftlichen Plattformen zur Ideen- oder Projektentwicklung zeigen Praxiserfahrungen, dass die Aktivitäten nicht immer die erhoffte Resonanz in der Bürgerschaft erzeugen und die Zahl der Teilnehmenden sich teilweise in Grenzen hält. Letztendlich tauschen sich viele Gruppen insbesondere in den sozialen Medien eher unter Gleichgesinnten aus, sodass der Diskurs nicht immer eine Erweiterung erfährt und nicht zwangsläufig neue Akteursgruppen aktiviert oder mobilisiert werden (vgl. Eisel 2016). Gleichwohl ist bei der Diskussion um die Beteiligungswirkung grundsätzlich zu bedenken, dass diese nicht allein von den eingesetzten Medien abhängt, sondern ebenso von vielen weiteren Faktoren (vgl. Selle 2013).

Der Einsatz webbasierter Medien im Alltag der Stadtentwicklung benötigt zudem zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen. Neben technischen Voraussetzungen und finanziellen Aufwendungen bedarf es auch spezifisches Know-how. Weder bei öffentlichen noch bei zivilgesell-

schaftlichen Akteuren ist dies jedoch selbstverständlich vorhanden. Technik und Wissen müssen unter Umständen extern eingekauft werden, um Angebote von guter Qualität auf den Weg bringen zu können. Werden Aufträge an Dritte vergeben, sind es intermediäre Akteure, die ihr Know-how zur Verfügung stellen. Das reicht von einer individualisierten Beratung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen durch Techniker und Moderatoren bis zu standardisierten Internetplattformen, die Öffentlichkeit herstellen oder deren Herstellung unterstützen. Die neuen Intermediären nehmen durch die Art und Weise, wie sie Vor-Ort-Formate und elektronische Formate entwickeln und miteinander verknüpfen oder durch die Algorithmen, die sie mit ihren Plattformen in ein Verfahren einbringen, erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung partizipativer Verfahren. Selbst wenn sie sich „inhaltlich neutral“ verhalten, beeinflussen sie durch die Strukturierung von Verfahren und durch die Medienlogik der jeweils eingesetzten Instrumente die Beteiligungsprozesse (vgl. Thimm 2017). Welche Folgen sich hieraus konkret für Partizipationsprozesse und deren Ausgang ergeben, wird zukünftig eine wichtige zu beantwortende Frage sein.

Zudem kann das Tempo im Netz mit Flüchtigkeit oder Leichtgläubigkeit einhergehen. „Der leichte Informationszugang und die enorme Informationsfülle verstellen nicht selten den kritischen Blick auf den tatsächlichen Informationsgehalt“ (Eisel 2016, o. S.). Ebenso führt die Fülle an Informationen im Netz nicht per se zu einer verbesserten Transparenz in und über Bürgerbeteiligung (vgl. Kubicek 2017). Hinzu kommt, dass der Einsatz webbasierter Medien in der Stadtentwicklung unzweifelhaft zu einer höheren Geschwindigkeit in der Kommunikation führt. Alle Akteure, die in einen öffentlichen Austausch zu einem Stadtentwicklungsprojekt oder -thema über die webbasierten Medien treten wollen, werden sich dieser Geschwindigkeit nicht entziehen können. Die kommunalen Vertreter müssen hier nicht zwangsläufig im Vorteil gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren sein: Verwaltungen können aufgrund ihrer Organisationsstruktur und der hierarchischen Arbeitsweisen im Umgang mit webbasierten Medien – und hier speziell mit den Sozialen Medien – deutlich langsamer sein als zivilgesellschaftliche Gruppen. Ein hoher Abstimmungsbedarf, feste Arbeitszeiten sowie das Bestreben, eine einheitliche Verwaltungsmeinung nach außen zu präsentieren, führen dazu, dass sie nicht immer in dem Maße im Netz präsent

sind wie es vielleicht hilfreich wäre. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass zivilgesellschaftliche Initiativen dadurch eine größere Deutungsmacht in den Diskussionen über Projekte der Stadtentwicklung erlangen können. Ihre Meinungen können sich schneller entfalten als die Argumente öffentlicher Akteure und damit Einfluss auf den Ausgang der gesellschaftlichen Aushandlung von Stadtentwicklung nehmen (vgl. BBSR 2017).

Grundlegend für die Wirksamkeit kommunaler Beteiligungsangebote – und das gilt für die analoge wie die digitale Welt – ist der Wille, die Ergebnisse tatsächlich in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Obgleich sich jeder im Netz äußern kann, heißt das noch lange nicht, dass seine Meinung auch gehört, geschweige denn im weiteren Prozess berücksichtigt wird. Wie generell bei Beteiligungsprozessen, dient auch der Einsatz der webbasierten Medien nicht der Entscheidung selbst, sondern der Meinungsbildung und der Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen. Dies wird oft übersehen und ist in öffentlichen Beteiligungsprozessen den teilnehmenden Bürgern immer wieder zu vermitteln, um nicht Enttäuschungen zu produzieren.

Unabhängig von der Intensität der eigenen aktiven Nutzung webbasierter Medien wird eine stärkere Auseinandersetzung mit diesen Kommunikationskanälen vor allem seitens der öffentlichen Akteure nötig sein, allein wegen ihrer verbreiteten Nutzung in der Bürgerschaft. In der Stadtentwicklung geht es zunehmend nicht nur um eine fachliche, sondern auch um eine kommunikative Bearbeitung städtischer Projekte und Themen. Webbasierte Medien gewinnen hier immer mehr an Bedeutung, um Diskurse selbst gestalten oder zumindest mitgestalten zu können. Sollen webbasierte Medien bestmöglich für Stadtentwicklungsprozesse genutzt werden, so sind die damit verbundenen Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen. Bei allen bestehenden Herausforderungen bietet die digitale Partizipation den Stadtakteuren dennoch die Möglichkeit, ertragreiche Wege in der Kommunikation und Interaktion zu gehen. Vor allem Politik und Verwaltung wären gut beraten, wenn sie sich den webbasierten Medien weiter öffnen und ihre Potenziale für eine bürgerorientierte Kommunikation noch besser für sich nutzen. Dies setzt voraus, dass Politik und Verwaltung diskursbereit sind.

# Literatur

- Albers, Hans-Hermann; Höffken, Stefan, 2015:** Digital vernetzt. Die nutzergenerierte Stadt. In: Planerin, Heft 3: 3–4.
- Albrecht, Steffen, 2010:** E-Partizipation in Deutschland. Stand und Perspektiven. In: Lena Hatzelhoffer, Wolfgang Müller, Michael Lobeck und Claus-C. Wiegandt (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung. Berlin: 49–60.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2017:** Webbasierte Medien in der Stadtentwicklung: Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der digitalen Gesellschaft. Bonn. BBSR-Online-Publikation Nr. 28/2017.
- Borchardt, Alexandra, 2014:** Mitmach-Maschine für die Elite. In: Süddeutsche Zeitung vom 19. Juni 2014. Zugriff: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/internet-und-demokratie-mitmachmaschine-fuer-die-elite-1.2004200> [abgerufen am 16.01.2018].
- bbp – Bundeszentrale für politische Bildung; SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.), 2015:** 8. Statusbericht des Portals Bürgerhaushalt.org. Zugriff: [http://www.buergerhaushalt.org/sites/default/files/downloads/8\\_Statusbericht\\_Buergerhaushalte\\_in\\_Deutschland\\_Juni\\_2015.pdf](http://www.buergerhaushalt.org/sites/default/files/downloads/8_Statusbericht_Buergerhaushalte_in_Deutschland_Juni_2015.pdf) [abgerufen am 16.01.2018].
- Bundesregierung, 2016:** Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt.
- Eisel, Stephan, 2016:** Internet und Demokratie. Vier Orientierungspunkte für demokratisches Handeln im digitalen Zeitalter. Konrad-Adenauer Stiftung. Zugriff: <http://www.kas.de/wf/de/33.47333/> [abgerufen am 16.01.2018].
- Gebhardt, Laura; Klemme, Marion; Wiegandt, Claus-C., 2014:** Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zeiten der Digitalmoderne – drei Thesen. In: DISP 198: 119–128.
- Höffken, Stefan; May, Sandra; Million, Angela, 2017:** Civic Hacking in der Smart City. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1: 80–95
- Kolleck, Alma, 2014:** Kommunale Online-Beteiligung: Stand und Herausforderungen kommunaler Bürgerbeteiligung. In: Der Bürger im Staat 64 (4): 238–245.
- Kubicek, Herbert, 2017:** Transparenz in und über Bürgerbeteiligung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/2017: 38–53.
- Kuder, Thomas, 2016:** Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. vhw werkSTADT 08, Berlin.
- Lübcke, Maren; Lührs, Rolf; Rütschle, Dorothée, 2011:** Die Zukunft der Stadtentwicklung online oder partizipativ? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11: 627–636.
- Märker, Oliver; Wehner, Josef, 2008:** E-Partizipation. Bürgerbeteiligung in Stadt- und Regionalplanung. In: Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie (32), Heft 3: 84–89.
- Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (Hrsg.), 2013:** Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg.
- Masser, Kai; Pistoia, Adriano; Nitzsche, Philipp, 2013:** Bürgerbeteiligung und Web 2.0. Potentiale und Risiken webgestützter Bürgerhaushalte. Schriftenreihe Theorie und Praxis der öffentlichen Verwaltung. (Springer VS) Wiesbaden.
- Matzig, Gerhard, 2011:** Einfach nur dagegen. Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen. München.
- NRW-Fortschrittskolleg, 2017:** Datenbank Online-Partizipationsverfahren. Zugriff: <http://www.monitor-online-partizipation.de/> [abgerufen am 16.01.2018].
- PwC – PricewaterhouseCoopers AG; GIUB – Geographisches Institut der Universität Bonn, 2015:** Deutschlands Städte werden digital.
- Rauterberg, Hanno, 2013:** Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Berlin.
- Reckwitz, Andreas, 2017:** Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.
- Selle, Klaus, 2010:** Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen. PT-Materialien 26. Aachen.
- Selle, Klaus, 2013:** Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analyse und Konzepte. Dortmund.
- Sinnig, Heide, 2006:** Urban Governance und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Bürgers als aktiver Mitgestalter und Koproduzent. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 1: 87–90.
- Thimm, Caja, 2017:** Soziale Medien und Partizipation. In: Schmidt, Jan-Hinrik; Taddicken, Monika (Hrsg.): Handbuch Soziale Medien. Wiesbaden: 191–209.
- Voss, Kathrin (Hrsg.), 2014:** Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Schriftenreihe Bürgergesellschaft und Demokratie Band 42. (Springer VS) Wiesbaden.
- Vowe, Gerhard, 2014:** Digital Citizens und schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Schriftenreihe Bürgergesellschaft und Demokratie Band 42. (Springer VS) Wiesbaden: 25–52.
- Weiß, Jens, 2013:** Wer rettet die Demokratie vor der E-Partizipation? Verwaltung Management, 19: 283–288.
- Willinger, Stephan, 2015:** Informeller Urbanismus im digitalen Zeitalter – Über Potenziale und Grenzen. In: Planerin, Heft 3: 28–30.